



Prof. Dr. Hans-Jürgen Urban
Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied der IG Metall

„Mach Dich stark mit uns“

Köln, 1. Mai 2025

- Es gilt das gesprochen Wort -

Die Welt im Dauer-Krisenmodus

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Die Zeit ist aus den Fugen“, so fasst Shakespeares Hamlet die Wirren seiner Zeit zusammen.

Ich frage mich: Was hätte er wohl heute ausgerufen?

Globalisierung, Digitalisierung, Klimawandel, Corona-Virus, Ukraine-Krieg - und nun auch diese Trump-Clique, die aus einer Weltmacht ein gefährliches Tollhaus macht.

Wahrlich, verrückte Zeiten.

Da kann ich nur sagen: Gut, dass es uns gibt!

Eine quicklebendige Gewerkschaftsbewegung, die die Fahne hoch hält für Arbeit, Verteilungsgerechtigkeit und Solidarität!

Schön, dass ihr hier seid!

Die Lage ist ernst!

Ja, die Wirtschaft stagniert, die Gesellschaft ist polarisiert.

Klar ist: die Politik hat bis heute nicht geliefert.

Und viele Unternehmen haben den Wandel verschlafen.

Statt zukunftsfähige Produkte und Märkte – strategischer Blindflug.

Und wo die Unternehmen in die Ertragskrise schlittern, sollen wir die Zeche zahlen.

Mit Arbeitsplatzabbau, Einkommensverzicht und Zugeständnissen.

Das geht gar nicht!

Wir zahlen nicht für das Schlamassel, das kurzsichtige Politik und verschlafene Vorstände angerichtet haben!

Wir fordern: Zukunftsinvestitionen und gute Arbeit für alle!

Auch dafür demonstrieren wir am 1. Mai!

Für eine nachhaltige Industrie der Zukunft

Kolleginnen und Kollegen,

wir müssen raus aus der Sackgasse und die Weichen in Richtung Zukunft stellen.

Klimaneutrales Arbeiten, Konsumieren und Leben – das ist die Jahrhundertaufgabe, vor der wir stehen.

Schutz von Arbeit, Natur und Beschäftigung - das kann, das muss zusammengehen:

- Grüner Wasserstoff statt Kohle,
- Elektro-Antrieb statt Verbrenner,
- und öffentlicher Personen- und Güterverkehr statt Staus ohne Ende

alles das ist nötig, alles das ist möglich!

Aber, in einer gewinngetriebenen Wirtschaft ist das mit hohen Risiken verbunden.

Deshalb gilt für uns:

Die Transformation, die wir unterstützen, muss fair und solidarisch sein.

Wir stehen nicht für Stillstand, wir stehen für Aufbruch.

Aber wir wollen in eine bessere Zukunft aufbrechen.

Wir wollen eine Wirtschaft,

- die Güter mit hohem Gebrauchswert produziert,
- die soziale Dienste am Menschen wertschätzt
- und die die Natur nicht überfordert.

Das ist unser Zielbild, dafür kämpfen wir!

Solidarität mit der Ford-Belegschaft!

Und, Kolleginnen und Kollegen,

lasst mich hier ein Wort zu Ford sagen:

Ich halte es für einen Offenbarungseid, was der Ford-Vorstand sich da erlaubt.

Statt Perspektiven aufzuzeigen, kündigt die Konzernzentrale die Sicherung der finanziellen Zukunft auf.

Das ist Zukunftsverweigerung auf Kosten der Belegschaft!

Dagegen wehren sich die Kolleginnen und Kollegen, und das verdient unsere Solidarität!

Die Aktionen der Ford-Beschäftigten der letzten Wochen strahlten weit über Köln aus.

Jetzt steht die Urabstimmung an.

Die Forderung lautet: ein stabiles Sicherungsnetz für alle!

Ich appelliere an alle Metallerinnen und Metaller in der Ford-Belegschaft:

Zeigt Euch solidarisch und kampfbereit! Stimmt mit Ja!

Und allen Kölnerinnen und Kölnern rufe ich zu:

Über Jahrzehnte stand die ganze Ford-Belegschaft hinter der Stadt Köln.

Und jetzt, in diesem Kampf hoffe ich, dass ganz Köln hinter der Ford-Belegschaft steht!

Kann ich davon ausgehen?

Unsere industriepolitischen Forderungen

Kolleginnen und Kollegen,

der Weg in eine nachhaltige Zukunft ist steinig, aber gangbar!

Notwendig ist ein Investitions-Booster für die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur.

Wohin man schaut: Fehlende Wohnungen, einsturzgefährdete Brücken oder marode Schulen und Kitas.

Für ein reiches Land eine schlichte Blamage.

Das muss korrigiert werden, besser heute als morgen!

Und zur Sicherung des Industriestandortes fordern wir:

Runter mit den Energiekosten und her mit wettbewerbsfähigen Strompreisen.

Aber: wir sorgen uns nicht um die Profite, sondern um die Arbeitsplätze.

Allein in den energieintensiven Branchen stehen vier Millionen Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Die wollen wir zukunftsfest machen!

Deshalb füge ich hinzu:

Unter kapitalistischen Bedingungen landen solche Gelder schnell in Unternehmens-Profiten, in Vorstands-Boni oder in der Dividende der Aktionäre.

Das geht gar nicht!

Verbindliche Beschäftigungs- und Standortzusagen und vor allem Transformationsvereinbarungen mit den Betriebsräten – das sind unsere Bedingungen.

Nur dann darf öffentliches Geld fließen!

Sonst gibt's nix.

Den Weg in die Zukunft solidarisch finanzieren!

Kolleginnen und Kollegen,

Bisher blockierte die Schuldenbremse eine entsprechende Politik.

Jetzt planen Union und SPD ein Sondervermögen von 500 Mrd. Euro.

Wenn in Schiene, Bildung, Digitalisierung, Energie und Gesundheit investiert wird – dann ist das zu begrüßen!

Das haben wir gefordert. Jetzt soll sie kommen – gut so!

Aber:

Kaum hat man sich verständigt, geht der Streit wieder los.:

Was sind eigentlich Infrastruktur-Investitionen?

Wer verfügt über den Abfluss der Mittel?

Und so weiter, und so fort ...

Kolleginnen und Kollegen,

so wird das nichts!

Was dieser Koalition in spe fehlt, ist ein gemeinsames Zielbild!

Das Zielbild einer ökologisch und sozial nachhaltigen Gesellschaft.

Wir brauchen kein Schaulaufen, keine Trickserie und kein permanentes Tauziehen in Berlin.

Wir brauchen offensive Politik für eine zukunftsfähige Wirtschaft und einen leistungsfähigen Sozialstaat.

Also, reißt euch zusammen und macht euren Job!!!

Kolleginnen und Kollegen,

ein paar Hoffnungsschimmer gibt es ja auch.

Bekanntnisse zur Automobil- und zur Stahlindustrie, Maßnahmen zur Förderung der E-Mobilität usw.

Und auch das sogenannte „Tariftreue-Gesetz“.

Öffentliche Aufträge gehen nur an Firmen, die Tarifverträge akzeptieren.

Prima, aber wisst ihr, was noch viel geiler als ein staatliches Tariftreuegesetz ist?

Eine gut organisierte, kämpferische Belegschaft, die kein Gesetz braucht und die sich den Tarifvertrag und seine Einhaltung durch eigene Kraft erkämpft!

Das ist allemal verlässlicher als die geborgte Sicherheit durch ein Gesetz!

Aber, Kolleginnen und Kollegen,

völlig inakzeptabel sind die Planungen zur Migration und zum Bürgergeld.

Die Schließung der Grenzen für Asylsuchende verstößt gegen europäisches Recht und ist vor allem eine Verbeugung vor Rechtsaußen.

Und die Drohung mit dem völligen Entzug des Bürgergelds für sogenannte Arbeitsverweigerer bedient vor allem Vorurteile gegenüber Arbeitslosen.

Und schließlich:

Was soll dieser Blankoscheck für Rüstungsausgaben?

Die Rüstungsbudgets explodieren, und Abrüstung und Völkerrecht bleiben Restgrößen?

Ist das Euer Ernst?

Man mag die Waffenlieferungen an die Ukraine befürworten oder ablehnen, für beides gibt es moralische Argumente.

Aber Politik und Medien sind doch längst dabei, die gesamte Gesellschaft zu militarisieren, sie - wie es offiziell heißt: „kriegstüchtig“ zu machen.

Wir leben in einer Epoche, in der die mächtigen Staaten ihre wirtschaftlichen, geopolitischen und ideologischen Einflussphären abstecken.

Zu befürchten ist:

Zwischen der absteigenden Atommacht Russland, der verbliebenen Weltmacht USA und den aufsteigenden Mächten China, Indien usw. sind weitere Konflikte absehbar.

Sollen Kriege, sollen militärische Sieg-Strategien wirklich zum Goldstandard der Konfliktbearbeitung werden?

2024 stiegen die globalen Rüstungsausgaben um 9,4 Prozent auf 2,7 Billionen US-D.

Und Deutschland stieg in der Weltrüstungs-Skala von Platz 7 auf 4!

Glauben wir wirklich, mit einem neuen Rüstungswettlauf ist der Welt-Friede im 21. Jahrhundert zu sichern?

Ich sage: Nein!

Notwendig ist vielmehr eine zeitgemäße globale Sicherheitsarchitektur.

Im Zentrum dürfen nicht gute Worte und naive Appelle an Autokraten stehen.

Es geht um Verträge mit sanktionsbewährten Kontrollen und Abrüstungsinitiativen.

Und wir brauchen eine Debatte darüber, was Aufgabe nationaler oder europäischer Streitkräfte sein soll.

Nur auf dieser Basis lässt sich über notwendige Verteidigungsbudgets reden.

Wer nur auf Waffen setzt, landet in der Sackgasse einer neuen Rüstungsspirale.

Und früher oder später frisst der Rüstungsstaat, was der Sozial- und Umweltstaat braucht - Sondervermögen hin oder her!

Also: her mit einer globalen Sicherheitsordnung.

Und: Freie Fahrt für Aufrüstung - nicht mit uns!

Mehr Verteilungsgerechtigkeit ist muss!

Ja, Kolleginnen und Kollegen,

wir brauchen mehr Nachhaltigkeit, vor allem aber brauchen wir mehr Verteilungsgerechtigkeit.

Öffentliche Kredite sind nicht die Krönung gerechter Lastenverteilung.

Wir stehen vor einer Periode beinhardter Verteilungskonflikte.

Unverzichtbar bleibt eine Steuer- und Abgabepolitik, die das Geld dort holt, wo es im Übermaß vorhanden ist:

- bei übergroßen Erbschaften- und Vermögen;

- bei Spitzeneinkommen jenseits der Millionen;
- und bei Finanzerträgen, die der Fiskus wie rohe Eier behandelt.

Unsere Gesellschaft kann sich den sozial-ökologischen Umgang leisten.

Was sie sich nicht leisten kann, ist Privilegien-Schutz für Millionäre und Milliardäre.

Der ökologische Umbruch muss mit einem gerechtigkeitspolitischen Aufbruch einhergehen!

Verteilungsgerechtigkeit statt Privilegien-Schutz – mit dieser Formel gehen wir in die kommenden Konflikte!

Kampf für den Sozialstaat

Apropos Verteilungsgerechtigkeit:

Nicht nur die Industrie, auch der Sozialstaat braucht Investitionen.

Der Sozialstaat ist mehr wert als er kostet!

Er anerkennt die Lebensleistung und organisiert gesellschaftliche Solidarität.

Aber: hier mache ich mir ernsthafte Sorgen:

Beispiel Rente:

Die Sicherung des Rentenniveaus bis 2031 ist gut.

Aber parallel soll eine Renten-Kommission klären, wie die zweite und dritte Säule aufgewertet werden können.

Zugleich sollen Milliarden in kapitalgedeckte Produkte fließen.

Mehr noch:

Ein Bündnis aus Arbeitgeberverbänden und Politik segelt unter falscher Flagge:

Sie sagen Entbürokratisierung – und meinen Abbau von Arbeitszeit- und Arbeitsschutzrechten.

Sie reden von Wettbewerbsfähigkeit - und meinen Kürzungen bei Rente, Pflege und Gesundheit, um Beiträge zu sparen.

Ich sage: So nicht meine Damen und Herren!

Auf die Finanznöte der Sozialkassen antworten wir mit der Erweiterung der Solidargemeinschaft.

Wir wollen Sozialversicherungen, in denen alle versichert sind: auch Beamte, Freiberufler, Politiker und Selbstständige.

Alle rein in die Sozialsysteme, alle zahlen Beiträge, alle erhalten Leistungen und alle stabilisieren die Sozialkassen!

Das ist unsere Antwort auf die Polarisierung der Gesellschaft.

Nach vorne, nicht nach rechts muss die Reise gehen!

Kolleginnen und Kollegen,

wer mit uns in eine nachhaltige Gesellschaft aufbrechen will, dem reichen wir die Hand.

Aber wer Privilegien schonen und den Sozialstaat schleifen will, der hat uns zum Gegner!

Und unsere Gegnerschaft erklären wir auch denjenigen, die sich als Anwälte der „kleinen Leute“ tarnen, um sich von rechts an Menschenrechten und Demokratie zu schaffen machen.

Um hier eine klare Sprache zu sprechen:

Ich bin kein Patriot, ich bin Gewerkschafter und deshalb Internationalist.

Aber wäre ich einer, ich würde mich schämen.

Wer auf der Flamme von Zukunftsängsten und Wut seine braune Suppe kochen will, der meint es *nicht* gut mit seinem Land.

Ja, ich rede von dieser Partei, die schon mit ihrem Namen lügt, wenn sie sich „Alternative für Deutschland“ nennt.

Während wir für Mindestlöhne, soziale Sicherheit und Demokratie kämpfen, hetzen sie gegen Flüchtlinge und Nicht-Deutsche.

Glaubt denn wirklich jemand, dass die Gesellschaft ohne Asylsuchende gerechter und nachhaltiger wäre?

Wer sich ärgert, ja wer wütend ist über Niedriglöhne, explodierende Mieten und abgehängte Regionen, der sollte nicht nach denen treten, denen es noch schlechter geht.

Hetze gegen Minderheiten hilft nicht gegen kapitalistische Ungerechtigkeiten.

Gegen unfaire Hungerlöhne helfen Tarifverträge, gegen Wuchermieten geht man mit öffentlichem Wohnungsbau und wirksamen Mietbremsen an und gegen die Verödung ganzer Regionen helfen öffentliche Investitionen in Verkehr, Kultur und Jugendzentren.

So geht Politik für die Menschen!

Zugleich füge ich hinzu:

Denjenigen, die an den gesellschaftlichen Rand gedrängt wurden, die den sozialen Abstieg fürchten und die ihre Lebensleistung entwertet sehen – denen halten wir die Türen offen.

Offene Tür bedeutet nicht, rechten Gesinnungen entgegenzukommen, keinen Millimeter.

Offene Tür bedeutet eine Einladung, mit uns für solidarische Lösungen der Probleme zu kämpfen.

Wer etwas tun will für Beschäftigung, Solidarität und Vielfalt, der ist unter Rassisten und Nationalisten denkbar schlecht und bei uns denkbar gut aufgehoben.

Klare Kante gegen die einen, offene Tür für die anderen – das ist unsere Antwort auf Krisen und Zukunftsängste.

Ausblick

Kolleginnen und Kollegen,

Umbau von Industrie und Sozialstaat - Kampf für Vielfalt und Demokratie - Herkules-Aufgaben allesamt!

Manchmal fragt man sich:

Wer soll das alles durchsetzen, wer hat die Kraft und den Mut?

Darauf gibt es eine klare Antwort: Wir!

Eine soziale Bewegung des sozialen und ökologischen Fortschritts.

Dabei habe ich eine Hoffnung.

Vielleicht wächst in diesem Kampf ja auch die Erinnerung daran, dass wir als Gewerkschaftsbewegung einmal für ein weitergehendes Ziel angetreten sind.

Eine Gesellschaft, in der Demokratie, Gerechtigkeit und Solidarität nicht immer wieder gegen die Übergriffe ökonomischer Eliten und autokratischer Machthaber verteidigt werden müssen.

Eine Gesellschaft jenseits des heutigen Finanzmarkt-Kapitalismus!

Ein altes Ansinnen, gewiss.

Aber zugleich das aktuellste, das ich kenne.

Also: Arsch huh!

Es lebe der 1. Mai!